

Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Markus Kurth (KV Dortmund)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 405 bis 414:

~~Deswegen haben bei weitem nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen und in diesen überführen. Durch den Bürgerfonds profitieren die Menschen am Wertezuwachs der Wirtschaft. Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürgerfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürgerfonds wird politisch unabhängig verwaltet und investiert nachhaltig. Er investiert langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. Für Kleinsparer*innen gewährleistet er eine attraktive Rendite bei überschaubarem Risiko.~~ abschaffen und im Gegenzug die gesetzliche Rentenversicherung stärken. Sie ist sicherer und bietet ein breiteres Leistungsspektrum als jede Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Ihre Rendite ist der der heutigen Riester-Rente mindestens ebenbürtig. Freiwillige Rentenversicherungsbeiträge wollen wir für jede und jedem zu jedem Zeitpunkt ermöglichen. Für diejenigen, die zusätzlich freiwillig über den Kapitalmarkt für das Alter vorsorgen wollen, führen wir einen öffentlich verwalteten und transparenten Bürgerfonds ein. Als vertrauenswürdige Anlagemöglichkeit erreicht er ein Volumen, das die Verwaltungskosten gering hält. Der Bürgerfonds ist ein Non-Profit-Produkt. Alle Erträge kommen den Sparerinnen und Sparern zugute. Für Kleinsparer*innen gewährleistet er eine attraktive Rendite. Der Bürgerfonds wird politisch unabhängig verwaltet und investiert langfristig sowie nachhaltig. Geringverdienende und Menschen mit Kindern, die sich für den Bürgerfonds entscheiden, werden über eine Zulagenförderung staatlich unterstützt. Alle Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten und können den

Begründung

Wie reagieren wir auf das Scheitern der Riester-Rente?

Der Entwurf des Vorstands sieht vor, das Anlagerisiko deutlich zu erhöhen, um inmitten einer andauernden Niedrigstzinsphase überhaupt noch Renditen erzielen zu können. Der (Teil-) Verlust der individuellen Ersparnisse wird dabei nicht ausgeschlossen. Zudem soll die öffentliche Förderung für die zusätzliche Altersvorsorge abgeschafft werden. Wie dann Geringverdienende aus den eigenen knappen Mitteln über den Kapitalmarkt für das Alter vorsorgen sollen, beantwortet der Entwurf nicht. Um trotz dieser Nachteile eine hohe Verbreitung des Bürgerfonds zu erreichen, soll jede und jeder automatisch einzahlen. Eine derartige Opting-Out-Regelung wäre mit dem deutschen und dem europäischen Wettbewerbsrecht nicht vereinbar und würde die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht überstehen.

Mit einer solchen Ausgestaltung des Bürgerfonds wäre das Sparen über Aktien und Risikokapital Teil des regulären Systems der Alterssicherung. Die Kapitalanlagerisiken würden vollständig allen Bürgerinnen und Bürgern übergeholfen, auch denjenigen, die sich kapitalgedeckte Altersvorsorge

mangels Förderung, wenn überhaupt, nur mit allergrößter Mühe leisten können. Wir sollten uns fragen: Ist es die Chance auf mehr Rendite wert, das Alterssicherungssystem in diesem Sinne zu verändern? Und inwiefern besteht die Chance auf mehr Rendite eigentlich tatsächlich? In Finanzkreisen ist längst Konsens, dass ein Ende der Niedrigzinsphase nicht in Sicht ist. Renditeentwicklungen der Vergangenheit lassen sich nicht in die Zukunft fortschreiben. Auch aus der Digitalisierung und der notwendigen Ökologisierung der Wirtschaft ergeben sich große Unsicherheiten. Schließlich ist die Demographieresistenz der Kapitaldeckung ein Mythos. Wenn die Lebenserwartung steigt, muss das angesparte Kapital auf mehr Jahre aufgeteilt werden. Die monatlichen Zahlungen schrumpfen.

Die Alternative zum gescheiterten Riester-Experiment kann deshalb nicht eine Riester-Rente 2.0 mit mehr Risiko, mehr paternalistischer Verbindlichkeit für alle, aber mit weniger finanzieller Unterstützung für Geringverdienende sein – sondern nur die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Rente ist sicherer und sie bietet ein breiteres Leistungsspektrum als jede Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Zudem wird ihre interne Rendite unter anderem laut einer Studie des DIW langfristig und verlässlich deutlich positiv bleiben. Ihre Leistungsfähigkeit zu stärken und jederzeit für jede und jeden freiwillige Beiträge zu ermöglichen, sollte unsere Antwort auf die Riester-Rente sein. Dazu hat die Grüne Bundestagsfraktion kürzlich einen Antrag beschlossen: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/272/1927213.pdf>

Die Antragsteller*innen befürworten ausdrücklich die Einführung eines Bürgerfonds, allerdings als freiwillige und zusätzliche Form der Altersvorsorge. Zudem sollten Geringverdienende und Menschen mit Kindern von staatlicher Seite finanziell unterstützt werden.

Als zusätzliche Begründung sei der gemeinsame Gastbeitrag von Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, und Markus Kurth MdB empfohlen: <https://www.fr.de/meinung/gastbeitraege/riesterrente-altersvorsorge-gruene-cdu-gesetzliche-rente-kapital-frauen-einwanderer-arbeitsmarkt-gesundheit-urban-kurt-90354633.html>

weitere Antragsteller*innen

Dorothee Schulte-Basta (KV Berlin-Neukölln); Mauritz Hagemann (KV Recklinghausen); Matthias Dudde (KV Dortmund); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Karsten Finke (KV Bochum); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Stefan Baake (KV Leverkusen); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Andreas Diebold (KV Heidelberg); Klaus Ernst Harter (KV Sigmaringen); Ruth Wagner (KV Teltow-Fläming); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Natalie Pavlovic (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ulrich Langhorst (KV Dortmund); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Thomas Öffner (KV Würzburg-Stadt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Christiane Howe (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Christoph Neumann (KV Dortmund); Reinhard Loos (KV Erfurt); Ralph-Edgar Griesinger (KV Osnabrück-Land); Nabiha Ghanem (KV Soest); Antje Westhues (KV Bochum); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Edith Ailingner (KV Reutlingen); Ingrid Tews (KV Mülheim); Christian Wöhler (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Thomas Müller (KV Dortmund); Christine Dembinsky (KV Soest); Ursula Burkhardt (KV Roth); Jens Polster (KV Celle); Derya Gür-Seker (KV Rhein-Sieg); Marc Schmitt-Weigand (KV Dortmund); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Detlef Kröger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Linda Guzzetti (KV Berlin-

Kreisfrei); Burkhard Kalle (KV Soest); Martin Kresse (KV Rhein-Kreis-Neuss); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Georg Sieglen (KV Köln); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Simon Bogumil (KV Köln); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Martina Müller (KV Hochsauerland); Sven Schumacher (KV Soest); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Michael Mittag (KV Wuppertal); Peter Köhler (KV Mark); Martin Hase (KV Essen); Elisa Lorenz (KV Berlin-Kreisfrei); Corinna Rüffer (KV Trier); Cornelius Hantscher (KV Göttingen); Ursula Brombeis (KV Mönchengladbach); Christoph Schlee (KV Mönchengladbach); Hans-Gerd Henke (KV Recklinghausen); Louisa Albrecht (KV Bochum); Hendrik Pelzl (KV Main-Kinzig); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Max Lucks (KV Bochum); Harald Wölter (KV Münster); Ute Michel (KV Hameln-Pyrmont); Frederik Paul Antary (KV Ennepe-Ruhr); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Imke Hennemann-Kreikenbohm (KV Schaumburg); Nele Johannsen (KV Ostholstein); Mayra Vriesema (KV Nordfriesland); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Corinna Faßbender (KV Solingen); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf)